Bezugsgebühr:
Abonnementspreis für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten sonntags und montags, an Sonn- und Montagen nur einmal 3 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen aus der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

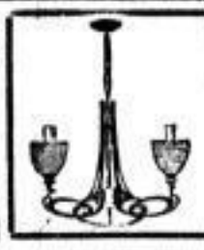
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15 empfiehlt in größter Auswahl
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Kräutersäfte
zu Frühjahrskuren
= täglich frisch gepresst. =
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Mannesmann.
E. Böhme's rother Gartenschlauch.
Telephon 13894. C. Böhme, 13 Fernruf Str. Dresden-A.


Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern etc. aller Metallgegenstände
Dresdner Vernicklungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1—3, Hofgebäude.

Nr. 101. Spiegel: Reichstagspetitionen. Eheschließungen der Ausländer. Dispens vom Schulunterricht. Handlungsgehilfen. Kanzlermacher. Schillerglocken. Literarischer Verein. Lotterie.

Wahrscheinl. Witterung: **Warm, heiter, Gewitterneigung.**

Freitag, 13. April 1906.

Reichstags-Petitionen von allgemeinem Interesse.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstages nach dem Ablaufe der Osterpause stehen außer dritten Beratungen, die die Gesetzentwürfe wegen Entlastung des Reichsinvalidenfonds, wegen Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen, wegen der serbismäßigen Klasseneinteilung der Orte und wegen Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden betreffen, nicht weniger als 30 Berichte der Kommission für die Petitionen. Schon diese Anordnung des Präsidenten zeigt, daß den Petitionen im Plenum wiederum nur flüchtige Beachtung geschenkt werden soll. Mit Recht aber wird in weiten Kreisen des deutschen Volkes darüber Klage geführt, daß den Anregungen und Forderungen, die der eigenen Initiative der Wähler entspringen, seitens der Gesamtheit der gewählten Volksvertretung eine Behandlung zu Teil wird, die den engen Beziehungen, die zwischen diesen beiden Faktoren unseres öffentlichen Lebens obwalten sollten, nur wenig entspricht. Auch in den Parlamentsberichten der Tagespresse wird fast durchweg den Petitionen eine untergeordnete Stellung zugewiesen. Es erscheint deshalb vielleicht angezeigt, aus der großen Zahl dieser Gesuche wenigstens diejenigen einer kürzeren Betrachtung zu würdigen, die auf ein allgemeineres Interesse Anspruch haben.

Da wäre an erster Stelle zu nennen die im Namen der 50 000 deutschen Mitglieder des Internationalen Vereins zur **Bekämpfung der wissenschaftlichen Tierfolter** von Professor Dr. Paul Förster-Friedenau erneut eingereichte Petition auf Beseitigung der Vivisektion. Auch über 100 000 außerhalb des genannten Vereins stehende Gegner der Vivisektion sind durch Namensunterschrift der Petition beigetreten, und eine dasselbe Ziel erstrebende Eingabe von Frau Schmidt-Bürkly in Berlin, der bekannten Vorkämpferin der Tierschutzfreunde, ist von 496 Bogen voll Unterschriften begleitet. Schließlich verlangt eine besondere Eingabe des Historienmalers Schenk (Loschwitz-Dresden) Beseitigung der wissenschaftlichen Tierfolter im Wege der Gesetzgebung. Dazu kommen zahlreiche Broschüren, die denselben Gegenstand behandeln und zu der gleichen Endvorderung gelangen. In der Begründung seiner Petition betont der Verein zur Bekämpfung der Tierfolter, daß die vivisektorische Wissenschaft grundsätzlich auch vor den Versuchen an Menschen nicht zurückschreckt, vielmehr solche als ihr gutes Recht verlangt und über alle Einsprüche mit selbstherrlicher Ueberhebung hinweggeht. Der Verein fordert die Errichtung eines Reichs-Tierschutz-Amtes, das aus gebildeten Laien aller Volksschichten zusammengesetzt wäre und dem die Aufgabe zufallen sollte, sich um alles den Tierschutz Betreffende zu kümmern und die ebenfalls zu errichtenden Landes-Tierschutz-Aemter zu überwachen. — Die Petition Schmidt-Bürkly zählt eine lange Reihe äußerst schmerzhafter Eingriffe auf, die an unbetäubten Tieren vorgenommen werden, und rügt namentlich, daß häufig bei derartigen Versuchen 50 oder 100 Tiere geopfert werden, zu denen 5 Tiere ausreichend gewesen wären. Eine besonders eindringliche und beherzigenswerte Sprache reden die folgenden Sätze: „Nirgends ist Vorkehrung getroffen, daß wegen längst bekannter Dinge nicht immer wieder Versuche ausgeführt werden, und es besteht keine Vorsorge, daß nicht über die gleichen Dinge an 10 oder 50 Orten zugleich experimentiert wird. Am empörendsten ist, daß auch Tiere gemartert werden zu Zwecken, die mit Wissenschaft nicht das geringste zu tun haben oder wegen der selbstverständlichsten Dinge, die durch einfaches Nachdenken zu lösen sind." Die Petition beruft sich schließlich auf eine Erklärung des Leibarztes des Königs Eduard von England Dr. Treves, die er nach der im Jahre 1902 an dem Könige vorgenommenen Darmoperation veröffentlichte und die besagt, daß Operationen an den Eingeweiden von Hunden den Arzt für Operationen an Unterleibsorganen des Menschen nicht fähiger, sondern unfähiger machen. Die Petition fordert, daß Tierversuche, falls sie nicht gänzlich verboten werden, nur in bestimmten öffentlichen, unter Staatsaufsicht stehenden wissenschaftlichen Anstalten vorgenommen werden dürfen. Außerdem wird die Einsetzung einer amtlichen Prüfungs-Kommission beantragt, bei der in den einzelnen Bundesstaaten jeder beabsichtigte Tierversuch vor seiner Ausführung angemeldet werden muß. — Die Kommission hat sich diesen Darlegungen nicht verschlossen, sie hat einmütig anerkannt, daß verwerfliche Mißbräuche bei vivisektorischen Versuchen bestehen und daß denselben mit aller Entschiedenheit ohne Verzug entgegengetreten werden muß. Jedoch wurde der Antrag, die Vivisektion gänzlich zu verbieten, als zu weitgehend verworfen. Einstimmig aber wurde das Verlangen gebilligt, die Tierversuche durch gesetzliche Bestimmungen möglichst einzuschränken. Demgemäß beantragt die Kommission, die Petitionen, soweit sie eine Einschränkung der Tierversuche fordern, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, soweit sie ein gänzliches Verbot der Vivisektion beantragen, dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Damit ist die Petitions-Kommission weit hinausgegangen über den Beschluß des preußischen Herrenhauses vom 27. März d. J., das über ähnliche, den gleichen Gegenstand betreffende Petitionen, unter Ablehnung eines Antrages auf Berücksichtigung, zur Tagesordnung übergegangen ist.

Zur Frage der Schaffung von **Arbeitskammern** und der Vertretung der Privatangestellten in dieser gesetzlichen Interessenvertretung von Arbeitnehmern sind dem Reichstage vier Petitionen zugegangen, und zwar von dem Ausschuß der Privatbeamtenvereine von Berlin und Umgebung, vom Verband fortschrittlicher Frauenvereine (auf Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen zu den Arbeits- bezw. Arbeiterkammern lautend), von dem Bunde der technisch-industriellen Beamten in Berlin, endlich von dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande in Hamburg um Errichtung von **Handlungsgehilfenkammern**. Die eventuelle Berücksichtigung dieser Gesuche wird davon abhängig gemacht werden müssen, ob das in Aussicht stehende Gesetz betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine im Reichstage eine Gestalt bekommt, die für die verbündeten Regierungen annehmbar erscheint. Ist dies der Fall, so werden die verbündeten Regierungen auch der Schaffung von Arbeitsvertretungen näher treten. Mit Rücksicht auf diese Vorschläge beschränkt sich die Kommission darauf, den Wunsch nach recht baldiger Schaffung einer gesetzlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer und nach einer ausreichenden Berücksichtigung aller Privatangestellten bei dieser Organisation dringend zu empfehlen. Es wurde beschlossen, die erwähnten Petitionen teils zur Berücksichtigung, teils als Material zu überweisen.

Von größerem und gegenwärtig, wo der erste Anfang zu einem Fonds für die geplante Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung gemacht ist, besonders aktuellem Interesse ist eine Eingabe des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die sich **gegen die Einführung einer öffentlich-rechtlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit** ausspricht und besonders gegen die dadurch bedingte weitere schwere Belastung von Industrie und Gewerbe protestiert. In der Begründung der Petition wird weiter bemerkt: „Falls auch nur die unverschuldete Arbeitslosigkeit Berücksichtigung fände und die Beteiligung an Streiks als Verschuldung angesehen würde, so käme doch in Betracht, daß die Tätigkeit der Arbeiter häufig derart ineinander griffe, daß der Streik innerhalb einer Berufsgruppe die Arbeitslosigkeit anderer Zweige, als des anfänglich von ihr betroffenen, nach sich ziehen müsse." — Obwohl der Gegenstand noch nicht als gesetzgeberische Maßregel in Aussicht genommen ist, beschloß die Petitionskommission, die erwähnte Eingabe dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Sie stützt sich auf folgende Momente: Der **Verband sächsischer Bäcker-Innungen** „Saxonia" hat in einer am 10. Juni 1903 in **Grimma** abgehaltenen Vertreter-Versammlung in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe ausdrücklich erklärt, daß der Handwerkerstand eine weitere Belastung zu Gunsten einer **staatlichen Arbeitslosen-Versicherung** nicht zu tragen vermöge, weil dadurch die Existenz- und Konkurrenzfähigkeit desselben vollständig untergraben werde. Ferner hat die Vereinigung schleswigscher Arbeitgeber-Verbände an den Reichstag die Bitte gerichtet, die Einführung einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit den Arbeitern und ihren Organisationen selbst zu überlassen; falls aber eine solche Versicherung doch seitens des Staates eingeführt werde, die Kosten einer solchen Einrichtung denjenigen Staatsbürgern aufzuerlegen, zu deren eigenstem Vorteile sie getroffen werde. Endlich ist seitens des Reichsamtes des Innern wiederholt erklärt worden, daß die Frage, ob die Durchführung einer Zwangsversicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit überhaupt möglich sei und in welcher Weise eine solche Versicherung eventuell ausgestaltet werden könne, noch keineswegs abschließend beantwortet werden kann. Unter Bezugnahme auf diesen vom Plenum des Reichstages in der ersten Session der laufenden Legislaturperiode gebilligten Standpunkt hat die Kommission die Petition des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe als Material überwiesen. Im allgemeinen Interesse wäre zu wünschen, daß den hier behandelten Fragen im Plenum des Reichstages diejenige Beachtung zu teil werde, die sie beanspruchen dürfen und die ihnen in der breitesten Oeffentlichkeit sicher und förderlich ist.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. April.

Bourgeois über die Marokko-Konferenz.

Paris. Kammer. Der Präsident verliest ein Telegramm, das er namens der französischen Deputiertenkammer an die italienische Kammer richten will, um ihre ausdrückliche Teilnahme an der durch den Ausbruch des Vesuv herbeigeführten Katastrophe zum Ausdruck zu bringen. Ministerpräsident Bourgeois schließt sich diesem Telegramm von seiten der Regierung an. (Beifall auf allen Seiten.) Gemäß der Tagesordnung beginnt darauf die Beratung der für die Beteiligung an der Konferenz von Algeciras geforderten Kredite. Bourgeois verliest eine Erklärung, in der er zunächst daran erinnert, daß er in **Algeciras** die Politik seiner Vorgänger fortgesetzt und die den französischen Delegierten bereits erteilten Instruktionen in Kraft erhalten habe. Bourgeois fährt dann fort: Die günstige Art und Weise, mit der die Erklärung der Regierung am 16. Dezember aufgenommen wurde, hat durch die moralische Kraft, die sie der Regierung verlieh, sehr viel zu dem günstigen Ausgange der Verhandlungen in Algeciras beigetragen. Bourgeois erinnert dann an die durch Rouvier auseinandergesetzten Bedingungen, unter denen Frankreich zur Konferenz gegangen sei, gemäß den Uebereinkommen vom 8. Juli und 28. September 1905. Gleich bei der ersten Sitzung habe der Herzog von Almodovar vorgeschlagen, folgende drei Punkte von der Diskussion auszuschließen: die Souveränität des Sultans, die Integrität des marokkanischen Reiches und die Handelsfreiheit. Es waren dies dieselben Gedanken, die wir formuliert hatten, und der Delegierte Frankreichs hat sich beeilt, dies zu erklären, und auf seinen Antrag, der übrigens durch den Delegierten Deutschlands unterstützt worden ist, sind diese drei durch den Herzog von Almodovar erläuterten Grundsätze die gemeinsame Grundlage für alle späteren Beschlüsse geworden, und alle Arbeit der Konferenz hat nur den Zweck gehabt, diese Prinzipien mit dem Rechte und den Sonderinteressen, die Frankreich in Marokko zu verteidigen und geltend zu machen hat, in Einklang zu bringen.

Zum Ausbruch des Vesuv.

Neapel. Von den um den Vesuv gelegenen Ortschaften treffen **bessere Nachrichten** ein. Der Aschenregen in Cercola und Resina ist geringer geworden. Die Bevölkerung ist beruhigter. In Samoa Beinviana wurden in der Nacht drei leichte **Erdstöße** verspürt.

Neapel. Der **Aschenregen** hat von neuem zu fallen begonnen. Der Himmel wird so dunkel, daß man, um zu arbeiten, Licht anzünden muß.

Neapel. (Priv.-Tel.) Bei der Erstürmung der Kathedrale von **San Genaro** durch die Volksmenge, die sich der Statue dieses Heiligen bemächtigte, um damit einen Bittumzug zu veranstalten, wurde die Gelegenheit von Spitzbuben wahrgenommen, welche die **Schatzkammer der Kathedrale erbrachen.**

Neapel. Ministerpräsident Sonnino hat eine Kommission unter dem Vorsitze des Herzogs von Aosta ernannt und zur Verfügung der Kommission als erste Rate die Summe von einer halben Million Lire zur Verteilung an die **Notleidenden** gestellt. Nach der Meldung eines Blattes ist die am meisten geschädigte Gemeinde die am Fuße des Vesuvs gelegene Ortschaft Saviano, in der die Kirche und hunderte von Dächern eingestürzt und die Ländereien völlig verwüstet sind.

Rom. Mehrere Ortschaften am Vesuv sind ganz abgeschnitten. Bedrohlich ist die Gärung unter den fanatischen zügellosen Volksmassen Neapels. Es wurden deshalb umfassende militärische Maßregeln getroffen. Viele Geschäftsleute schlossen ihre Läden. Die Theater und alle gefährdeten öffentlichen Gebäude Neapels sind geschlossen. In den verlassenen Ortschaften **stürzten** viele Dächer unter der Last der Asche **ein**, nicht ohne Opfer von Menschenleben.

Lohnbewegungen.

Hamburg. Da die Mehrzahl der Damenschneider und Schneiderinnen gegen den dringenden Rat des Streikleiters fortstreikt, beschloß der Arbeitgeberverband der Hamburger Damenkonfektions-Industrie einstimmig, sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen auf nächsten Mittwoch zu kündigen und sie auf zwei Wochen **auszusperren**, falls nicht bis Mittwoch alle die Arbeit wieder aufnehmen. — Mehrere hundert österreichische, italienische und holländische arbeitswillige Seeleute sind heute angekommen und auf der Unterelbe einquartiert worden.

Köln. (Priv.-Tel.) Der hiesige **Schuhmacherstreik** ist **beendet.** Die Meister akzeptierten die Forderungen der Ausständigen.

Breslau. (Priv.-Tel.) Infolge der Weigerung, den Streik bei der Breslauer Maschinenbau-Anstalt aufzuheben, erfolgte heute auf Grund des Beschlusses des Verbandes der Schlesischen Metallindustriellen die **Aussperrung** aller organisierten Former und Gießer in sämtlichen Breslauer Betrieben.

Paris. Der Minister für öffentliche Arbeiten, Barthou, erklärte den Deputierten Chabert, Dejante und Steeg, die zugunsten der **Postbediensteten** bei ihm vorsprachen, daß er den Postbediensteten seit seinem Amtsantritte stets das größte Wohlwollen bewiesen habe. Der plötzliche Ausbruch des Ausstandes ohne Bekanntgabe eines Grundes habe jedoch lebhaftes Befremden hervorgerufen.

Newyork. (Priv.-Tel.) Das Skala-Komitee der **Hartkohlengräber** hat beschlossen, die Vorschläge der Grubenbesitzer einem Konvent zu unterbreiten, der Sonnabend oder Montag in Hazelton stattfinden soll. Die Grubenbesitzer erklärten, daß sie keine weiteren Konzessionen machen werden.

Zur Lage in Rußland.

Moskau. (Priv.-Tel.) In Irkutsk herrscht **Hungersnot**, weil infolge der fortdauernden Unruhen auf den sibirischen Eisenbahnen jegliche Zufuhr von Lebensmitteln abgeschnitten ist. Die Stadt vermag den vielen Notleidenden nicht zu helfen, da sämtliche Stadtverordnete, mit dem Magistrat an der Spitze, wegen Veranstaltung einer behördlich nicht genehmigten Versammlung vor Gericht gezogen und ihrer Würde entsetzt worden sind.

Riga. Im Fabrikgebäude der hiesigen westfälischen Drahtindustrie **beschlagnahmte** die Polizei infolge einer anonymen Anzeige 100 Kilogramm Pyroxilin, sowie eine große Anzahl großkalibriger Revolver.

London. (Priv.-Tel.) Dem „Daily Telegraph" zufolge macht Rußland keine Anstalten, um sich aus der **Mandschurei** zurückzuziehen. Die Russen bauten vielmehr im stillen Verteidigungswerke, sie hätten in Charbin bereits über 20 Kasernen gebaut, machten große Einkäufe an Eisenbahnschwellen und richteten sich überhaupt für einen dauernden Aufenthalt in der Mandschurei ein.

Frische und sterilisierte **Kinder-milch** (Trocken-Fütterung) Kühler-Inhalt „Saxia" R. Walther, kgl. Sächs. Hof., nur Zwickauer Str. 74.